Deutscher Bundestag **Drucksache 14/7438**

14. Wahlperiode 13. 11. 2001

Antrag

der Abgeordneten Erika Reinhardt, Klaus-Jürgen Hedrich, Dr. Norbert Blüm, Siegfried Helias, Joachim Hörster, Rudolf Kraus, Dr. Manfred Lischewski, Marlies Pretzlaff, Hans-Peter Repnik, Dr. Christian Ruck, Heinz Schemken, Peter Weiß (Emmendingen), Annette Widmann-Mauz, Dagmar Wöhrl und der Fraktion der CDU/CSU

Zusagen zum globalen HIV/Aids- und Gesundheitsfonds einhalten und Aids-Impfstoffforschung stärker fördern

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Aids ist eines der bedrohlichsten Entwicklungshemmnisse unserer Zeit: Jahrzehntelang mühsam erwirtschaftete Entwicklungserfolge werden durch HIV/Aids innerhalb weniger Jahre zunichte gemacht. So verursacht nach Schätzungen der Weltbank eine Infektionsrate von 10 Prozent in den Ländern südlich der Sahara langfristig einen Rückgang des Nationaleinkommens um 33 Prozent. HIV/Aids trifft besonders Menschen im arbeitsaktiven Alter zwischen 15 und 49 Jahren. Sub-Sahara Afrika verzeichnete im Jahr 2000 nach Angaben von UNAIDS etwa 4 Millionen HIV-Neuinfektionen. Insgesamt 25 Millionen von weltweit 36,1 Millionen HIV-Infizierten leben in Afrika. Was uns heute in diesen Zahlen aus dem südlichen Afrika dramatisch vor Augen geführt wird, kann schon morgen in Asien und den Staaten der ehemaligen Sowjetunion Realität werden. In immer mehr Entwicklungsländern gerät Aids immer offensichtlicher außer Kontrolle. Obwohl Vietnam beispielsweise seit Beginn der 90er Jahre ein Programm zur Bekämpfung von HIV/Aids durchführt, blieben die Aufklärungskampagnen weitgehend wirkungslos: Die Zahl HIV-Positiver ist dort weiter gestiegen. Gesundheitsexperten gehen von einer geschätzten Zahl von 180 000 Vietnamesen aus, die sich seit 1990 mit dem HIV-Virus infiziert haben.

Weltweit gibt es nach Angaben von UNAIDS 13,2 Millionen Aids-Waisen. Diesen Kindern ist in den meisten Fällen die Möglichkeit einer schulischen Ausbildung genommen. In Simbabwe beispielsweise konnten 48 Prozent der Waisen im Primarschulalter die Schule nicht mehr besuchen, im Sekundarschulalter besuchte keines der Waisenkinder mehr die Schule. Es entsteht ein Teufelskreis aus fehlender Bildung und verstärkter Armut der die Entwicklungsperspektiven ganzer Regionen dramatisch verschlechtert.

Bedauerlicherweise lässt das nationale Engagement vieler Entwicklungslandregierungen bei Prävention und Krankheitsbekämpfung zu wünschen übrig, da die Risiken der Aids-Epidemie von den Regierenden vielfach unterschätzt wurden bzw. immer noch unterschätzt werden.

Ende Juni 2001 hat Bundeskanzler Gerhard Schröder einen deutschen Beitrag für den globalen HIV/Aids- und Gesundheitsfonds in Höhe von 300 Mio. DM zugesagt; im Bundeshaushalt 2002 sind aber nur 10 Mio. Euro dafür ausgewiesen. Bis 2005 soll durch schrittweise Aufstockung der Mittel des Fonds das Gesamtziel jährlicher Ausgaben für die Epidemie in der Höhe von 7 bis 10 Mrd. US-Dollar erreicht werden. Diese finanziellen Anstrengungen sind erforderlich, um der Gefährdung entwicklungspolitischer Ziele durch die Aids-Epidemie und ihre Folgen zu begegnen und das ehrgeizige Ziel zu erreichen, die Immunschwächekrankheit bis 2015 zu stoppen, worauf sich die Teilnehmer des Millenniumsgipfel im September 2000 in New York verpflichtet haben.

Angesichts der Tatsache, dass Prävention und Therapie, anders als in den industrialisierten Ländern, in den Entwicklungsländern bislang lediglich eine begrenzte Wirksamkeit entfalten, ist die Suche nach einem Impfstoff gegen HIV/Aids ein weiterer wichtiger Ansatz, um eine Lösung der Aids-Problematik in Entwicklungsländern zu erreichen. Im November 2000 haben die Entwicklungsminister in Brüssel angekündigt, die Impfstoffentwicklung für Entwicklungsländer zu forcieren. Die Bundesregierung hat sich im Rahmen der G8 verpflichtet, stärkere Anstrengungen zur Entwicklung von Aids-Impfstoffen und zur Bekämpfung der HIV/Aids-Epidemie zu unternehmen. Die HIV-Impfstoffforschung für Entwicklungsländer unterscheidet sich von der Impfstoffforschung für Industrieländer u. a. dadurch, dass Lagerungsbedingungen und Anwendungsformen eines Aids-Impfstoffes die Rahmenbedingungen basismedizinischer Versorgung in den Entwicklungsländern berücksichtigen müssen. Ebenso müssen Impfstoffe für Entwicklungsländer kostengünstig sein, da sich über den Preis ein schneller Einsatz mitentscheidet.

Über die bisherigen begrüßenswerten Bemühungen der Bundesregierung zur Bekämpfung der Immunschwächekrankheit hinaus ergibt sich dringender Handlungsbedarf im Bereich der finanziellen und strukturellen Unterstützung des globalen HIV/Aids- und Gesundheitsfonds und im Bereich der Förderung der Aids-Impfstoffentwicklung.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Zusage des Bundeskanzlers gegenüber UN-Generalsekretär Kofi Annan umzusetzen und dem globalen HIV/Aids- und Gesundheitsfonds Mittel in Höhe von 300 Mio. DM zur Verfügung zu stellen;
2. bei der Ausgestaltung des HIV/Aids- und Gesundheitsfonds den deutschen Einfluss geltend zu machen und darauf hinzuwirken, dass die Höhe der Mittel des Fonds die für die Aids-Impfstoffforschung bereitgestellt werden, prozentual festgelegt werden;
3. sich bei den Vereinten Nationen dafür einzusetzen, dass mit den Mitteln des globalen HIV/Aids- und Gesundheitsfonds ein konkreter Beitrag geleistet wird, um Programme für Aids-Waisen in betroffenen Regionen und Risikoländern wirksam zu ergänzen und zu gewähren, um eine zukünftige soziale Katastrophe zu vermeiden:
4. die nationale und internationale Zusammenarbeit von staatlichen, industriellen und privaten Organisationen in der Aids-Impfstoffentwicklung zu fördern und für eine strategische Koordination Sorge zu tragen;
5. mehr Betonung auf das Prinzip der Eigenverantwortung der Entwicklungsländer für die Aids-Bekämpfung zu legen und die dortigen Regierungen unter Einbeziehung von Nichtregierungsorganisationen und Medien zu einem verstärkten Engagement mit Blick auf nationale Präventionsmaßnahmen

z. B. in Form vermehrter Aufklärung in der Bevölkerung und einer Stärkung des Gesundheitssektors anzuhalten;

6. für die Aids-Impfstoffforschung für Entwicklungsländer im Einzelplan 23 des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zusätzlich einen gesonderten Titel mit, wie von der Deutschen Aids-Stiftung gefordert, Mitteln in Höhe von 50 Mio. DM jährlich auszuweisen. Diese 50 Mio. DM setzen sich zusammen aus einem Programm zur Beschleunigung der Aids-Impfstoffentwicklung in Deutschland, das nach Expertenmeinung einen Umfang von 30 Mio. DM haben muss, und dem deutschen Beitrag für die International Aids Vaccine Initiative (IAVI) in Höhe von 20 Mio. DM;

7. die Europäische Union aufzufordern, sich verstärkt und konkret bei der Aids-Impfstoffentwicklung für die Entwicklungsländer einzubringen, so wie es der Ministerrat im November 2000 in Brüssel beschlossen hat.

Berlin, den 13. November 2001

Erika Reinhardt
Klaus-Jürgen Hedrich
Dr. Norbert Blüm
Siegfried Helias
Joachim Hörster
Rudolf Kraus
Dr. Manfred Lischewski
Marlies Pretzlaff
Hans-Peter Repnik
Dr. Christian Ruck
Heinz Schemken
Peter Weiß (Emmendingen)
Annette Widmann-Mauz
Dagmar Wöhrl
Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333